

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. * Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für
Veranstaltungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Ernährung im vierten Kriegsjahr

Das Erntejahr 1916/17 ist abgeschlossen. Das deutsche Volk will und darf die Lehren dieses ersten Jahres nicht vergessen. Dieses ist notwendig, um die Mängel, die unsere Ernährungspolitik trotz aller Anstrengungen noch zeigt, zu beseitigen.

Schwere Wochen und Monate liegen hinter uns. Ganz absonderliche Jahre waren die beiden vorletzten Erntejahre. In 1915 hatten wir ein Jahr der Dürre. Die Brotgetreideernte war gut, ebenso die Kartoffelernte. Dagegen war die Futtermittel-ernte sehr schlecht. Die großen Viehbestände, die wir zu damaliger Zeit noch hatten, und die auf die Friedenszeit mit der reichen Einfuhr von Futtermitteln zugeschnitten waren, brachten uns in eine außerordentlich schwierige Lage. Es war nicht möglich, Menschen und Vieh in der gleichen Zahl wie im Frieden ausreichend ernähren zu können. Die Menschen kann man nicht gewaltsam aus der Welt schaffen, also mußte die Viehzahl eingeschränkt werden. Leider konnte man sich nicht dazu entschließen, und löste damit und durch eine ungesunde und ungleichmäßige Preispolitik alle die schweren Nachteile aus, die in der Folgezeit vor unser Auge getreten sind. Der Krieg erlaubt uns nicht, einen möglichst hohen Viehstapel aufzuweisen. Das Entscheidende ist vielmehr, daß die Viehzahl den vorhandenen Futtermitteln angepaßt wird, und zwar so, daß sie nicht damit lediglich am Leben erhalten, sondern ausreichend ernährt werden kann. So kam es, daß trotz der geradezu glänzenden Kartoffelernte in 1915 den Menschen nicht ausreichende Kartoffelmengen gesteuert werden konnten. Sie wurden mit dem Vieh verfüttert. Ebenso sind während des Krieges Getreidemengen zur Verfütterung gelangt, die unter allen Umständen der menschlichen Ernährung hätten reserviert bleiben müssen.

Das Jahr 1916 war das Gegenteil des vorhergegangenen. Auf den Dürren folgte ein nasser Sommer. Die Roggen- und Weizenernte hielt nicht das, was sie äußerlich zu versprechen schien. Hafer, Gerste, Heu und sonstige Futtermittel hatten wir in großen Quantitäten. Die Kartoffelernte dagegen war die schlechteste seit Menschengedenken. Wir wissen aus den Erfahrungen dieses Frühjahres, daß mit dem Brotgetreide nicht so verfahren worden ist, wie es den ersten Notwendigkeiten entsprechend hätte sein müssen. Die Brotkrümel, die das Schlimmste war, was uns treffen konnte, lehrt uns, daß alles aufzubieten ist, um eine Wiederholung zu verhindern. Ebenso war die Versorgung mit Kartoffeln durchaus unzulänglich. Trotz der schlechten Ernte hätte es innerlich möglich sein müssen, die Menschen ausreichend mit Kartoffeln versorgen zu können. Wo sie hingewandert sind, die Kartoffeln, ist bekannt. Die Schweine haben sie gefressen. Aber auch von den Schweinen, die mit den Kartoffeln gefüttert wurden, die der menschlichen Ernährung zu Unrecht entzogen wurden, hat die breite Volksmasse nichts gehabt. Drei bis vier Millionen Schweine sind verschunden, haben ihren Weg in den Schleichhandel gefunden. Sie sind von jenen Preisen, die Geld genug besitzen, um sich für 4 bis 6 Mark das Pfund Schweinefleisch zulegen zu können, aufgebraucht worden. Gewiß haben wir die Fleischzulagen in den letzten Monaten angenehm empfunden. Aber lieber wäre uns doch gewesen, wir hätten ausreichend Brot und Kartoffeln gehabt. Schon das Bewußtsein haben wir müssen, daß die größere Fleischration nur deshalb gegeben werden mußte, weil Brotgetreide und Kartoffeln unzureichender Weise in größeren Mengen der Verfütterung verfallen waren, gab dem Ganzen einen unangenehmen Beigeschmack. Die innere Ursache, die da-

durch erzeugt wurde, hätte vermieden werden können, wenn allseits die erforderliche Einsicht vorhanden gewesen wäre.

Das Erntejahr 1917 zeigt kein einheitliches Bild. Die Ernteergebnisse fallen nicht gleichmäßig aus. Im Westen und Süden, wo wir ausreichenden Regen hatten, sind sie gut, teilweise sehr gut. In Mitteldeutschland und nach dem Norden sind sie weniger gut, teilweise bleibt viel zu wünschen übrig. Der neue Reichskanzler hat kürzlich ausgeführt, daß das Ergebnis unserer Roggen- und Weizenernte wohl dem von 1915 gleich komme. Eine absolute richtige Beurteilung läßt sich heute noch nicht geben. Soviel aber können wir mit gutem Recht behaupten, daß unsere Brotgetreideversorgung auf Grund der neuen Ernte gesichert ist. Voraussetzung bleibt aber auch diesmal, daß energisch zugegriffen und durchgegriffen wird, daß das Ernteergebnis unter allen Umständen der menschlichen Ernährung gesichert bleibt. Dies ist um so notwendiger, als die Gerste- und Haferernte im ganzen genommen geringere Erträge aufweisen wird, wie im verfloffenen Jahr. Auch die Stroh-, Heu- und Kleernte hat mindere Erträge aufzuweisen. Die Gefahr der Verfütterung von Brotgetreide wird dadurch wesentlich erhöht.

Die Aussichten der Kartoffelernte werden in ganz Deutschland als gut, ja teilweise als glänzend bezeichnet. Im Gesamtergebnis, vorausgesetzt, daß die Ernte so ausfällt, wie sie beurteilt wird, werden wir zum mindesten eine gute Normalernte haben. Daraus sind frühzeitig die Konsequenzen zu ziehen. Wenn die Futtermittelknappheit befürchten läßt, daß die beiden wichtigsten Nahrungsmittel, Brot und Kartoffel, in Gefahr geraten, verfallert zu werden, muß alles aufgewandt werden, um die Ursachen zur Verfütterung zu beseitigen. Wir werden uns frühzeitig entschließen müssen, einen zweiten großen „Schweinemord“ zu inszenieren. Er darf aber nicht erst dann begonnen werden, wenn die Kartoffeln bereits wieder verfüttert sind, sondern es muß schon vor der Ernte damit begonnen werden, spätestens Mitte September.

Will man uns entgegenhalten, daß die Fettknappheit damit noch größer werde, so müssen wir leider sagen: es ist immer noch besser, Brot und Kartoffeln zu haben, als ein Stückchen Schweinefleisch, zu dem man nichts dazu hat. Aber auch unsere Rindviehbestände wird man angreifen müssen, und zwar dann, wenn das Vieh von der Weide zurückkehrt. Sonst erleben wir wieder den Zustand, daß das Vieh der Weideernährung angelegte Fleisch verloren geht, das Vieh unsere Brotgetreide- und Kartoffelbestände ungebührlich angreift und wir im Frühling doch gezwungen sind, das abgemagerte Rindvieh zur Schlachtung zu bringen. Derartige Dinge sind unter allen Umständen zu verhüten. Unser Vieh hat sich den vorhandenen Lebens- und Futtermitteln anzupassen. Vor dem Vieh aber kommt der Mensch. Brot und Kartoffeln sind die wichtigsten Nahrungsmittel geworden. Sie gilt es, unter allen Umständen zu schützen.

Auch aus der gesamten Entwicklung unserer Ernährungsmöglichkeiten ergibt sich dies mit zwingendster Konsequenz. Infolge der geringen Frühgemüse- und Frühobsternte haben wesentlich geringere Mengen dieser Früchte eingemacht werden können. Wir gehen nicht mit den konservierten Obst- und Gemüsebeständen in den Winter hinein, wie im vorigen Jahr. Ersatz dafür bietet eine ausreichende Lieferung von Brot und Kartoffeln. So, wie die Aussichten stehen, werden uns auch nicht die großen Mengen Kohlrüben zum Verbrauch verfügbar sein, wie im letzten Winter. Die Ernte an sich scheint wesentlich geringer zu werden. Infolge der Futtermittelknappheit werden die Landwirte auf sie zuerst zurückzu-

greifen geübt sein. Wir trauern deshalb nicht. Wir danken vielmehr dem Schöpfer, daß er eine gute Kartoffelernte heranwachsen läßt, um uns vor einem zweiten Kohlrübenwinter zu bewahren. Aber auch hieraus folgt mit logischer Konsequenz, daß in diesem Jahre alles aufzubieten ist, um die Unzulänglichkeiten der Kartoffelversorgung zu beseitigen, und sie in geordnete und stetige Bahnen zu bringen.

Unsere Kartoffelernte in normalen Jahren ergab einen Betrag von 40 bis 45 Millionen Tonnen. Diese gewaltigen Mengen lassen eine ausreichende Ernährung der Menschen mit Kartoffeln ohne weiteres zu. Nun ist die Belieferung der Bevölkerung mit Kartoffeln während des Krieges auch noch von anderen Umständen abhängig. Die Transportchwierigkeiten zeigen sich in steigendem Maße. Die Kartoffel-Kalamitäten des vergangenen Jahres beruhten zum wesentlichen Teile auf der Unmöglichkeit, ausreichende Mengen zu transportieren. Das Reichsernährungsamt, welches die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes übernommen hat, wird mit allen in Betracht kommenden Faktoren darauf hingewirkt haben, daß genügende Transportmittel zur Verfügung gestellt werden, um die erforderlichen Mengen frühzeitig in die Hände der Verbraucher oder in die der Kommunen zu bringen. Was nur irgendwie aufzubieten ist, muß aufgewandt werden, um die diesjährige Kartoffelversorgung zufriedenstellend zu regeln. Davon hängt außerordentlich viel ab: Die innere Ruhe und Zufriedenheit der Arbeiter, nicht zuletzt aber auch die Leistungsfähigkeit der mit der Munitionsherstellung beschäftigten Arbeiter. Um die Frage in ihrem ganzen Umfang zu betrachten, ist zu betonen, daß von der befriedigenden Regelung unserer Brot- und Kartoffelversorgung der Ausgang des Krieges im wesentlichen abhängt. Alle beteiligten Stellen müssen sich dieser Tragweite bewußt sein und dementsprechend ihre Vorkehrungen treffen. Die breite Volksmasse ist sich klar darüber, daß auch in der Zukunft große Opfer zu tragen bleiben werden. Sie trägt sie, will sie aber auf das unumgänglichste Maß beschränkt wissen. Die Arbeiterchaft hat Einsicht genug, daß trotz allen guten Willens nicht alles so geregelt und durchgeführt werden kann, wie es wünschenswert wäre. Hat sie die Überzeugung, daß diese Unzulänglichkeiten und Mängel ihre Ursachen in unabwendbaren Verhältnissen haben und nicht auf Verfehlungen und mangelndem guten Willen beruhen, wird sie dieselben leichter zu tragen bereit sein. Aber auf diese Überzeugung kommt es an. Möge daher alles zusammen weiterwirken, um die Ernährungsfragen im vierten Kriegswinter nicht nur sicher zu stellen, sondern auch so befriedigend zu gestalten, wie es nach Lage der Verhältnisse immerhin möglich ist.

Der Kanzlerwechsel

Der bisherige Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg ist gegangen. An seine Stelle ist der bisherige Unterstaatssekretär Dr. Michaelis getreten. Ueber die Gründe des Kanzlerwechsels wird ein späterer Zeitpunkt Klarheit bringen. Wie wir die Dinge ansehen, liegt die Ursache des Wechsels nicht so sehr in der Person des abgegangenen Kanzlers als in den Verhältnissen. Ein Teil der deutschen Presse wirft ihm schwere Steine nach und üble Nachrufe zeigen ein häßliches Bild politischen Streites, das der Welt besser verborgen geblieben wäre. Eine ungewohnte Entscheidung ist es ja nicht, daß gewisse „starke Männer“ jedem Staatsmann, der nicht ihren Interessen dient, ihre Wünsche nicht restlos erfüllt, aufs schärfste und oft mit schädigen Mitteln bekämpfen, wie es Bethmann seit langem erfahren mußte. Es gibt aber auch Leute,

die ihre Abweisung gegen einen Großen erst dann ent-
beden und zur Geltung bringen, wenn dieser außer Hör-
weite ist; dann betätigen sie sich in ähnlicher Weise wie
jener Esel, der sich getraute dem Löwen einen Tritts
zu geben — als er tot war.

Der Großteil der Arbeiterschaft hat bessere Manieren.
Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat die Treibereien
gegen Bethmann-Hollweg nicht mitgemacht und tut auch
bei den jetzigen nicht mit.

Man schreibt dem gegangenen Kanzler die Zahl
unserer Feinde auf das politische Schuldkonto; als ob
sie nicht schon vorhanden gewesen wären, als er das
Reichskanzleramt übernahm. Wenn ihre Zahl im Laufe
des Krieges noch gewachsen ist, so ist die Verantwortungs-
dafür vielmehr jenen Kreisen zuzuwenden, die für alle
Fronten wahnsinnige Kriegs- und Eroberungsziele auf-
stellten und so nicht nur die Entente in ihrem Zusammen-
halten festigten, sondern noch andere Staaten mit in den
Krieg hereinzogen. Daß Bethmann-Hollweg, wie auch
Kaiser Wilhelm den Krieg, das
schreckliche Blutvergießen und die Völkerver-
wundung zu verhindern suchten, den
gerüsteten Feinden gegenüber sogar die Mobilmachung
verzögerten, um durch Verhandlungen das Unheil abzu-
wenden, ist ihnen hoch anzurechnen. Woher wissen die
Ankläger des Kanzlers, daß bei einer um drei Tage
früheren Mobilmachung die Kriegsdauer abgekürzt worden
wäre? Das Bewußtsein, daß die obersten und leitenden
Klassen im Reich den Krieg nicht wollten, ihn bis zuletzt
abzuwenden suchten, ist bei dem friedlichen Charakter
unseres Volkes mehr wert, als eine weitere gewonnene
Schlacht. Das ist es, was unser Volk so wunderbar
geieint, so hart gemacht hat zum Ertragen auch des
Schwersten. Es ist das unbestreitbare Verdienst des
leitenden Staatsmannes überhaupt, während dieses
langen Krieges das deutsche Volk nicht nur zusammen-
geführt, sondern auch, trotz aller Parteilungen in der
Hauptsache einig gehalten zu haben. Eine in München
erscheinende Zeitschrift aber spricht geschmackvoll vom
„Lehmann-Kanzler“.

Die durch unsere Gluckseligkeit erwachsenen Ge-
fahren abzuwenden, hat Bethmann-Hollweg 1913 dem
Reichstag die größte aller bisherigen Militärvorlagen
unterbreitet und sie bewilligt erhalten, wie auch die,
einen Teil der kapitalkräftigen Kreise verstimmen-
den Wehrsteuer. Es ist viel zu wenig beachtet worden,
daß in jenen Kreisen von diesem Zeitpunkt ab, sagen
wir, eine gewisse Voreingenommenheit gegen Beth-
mann, Befürchtungen wegen dessen künftiger
Steuerpolitik sich bemerkbar machten. In
Geldsachen sind ja die Menschen sehr empfindlich!

Wie jeder Parteiführer, Bürgermeister oder Vereins-
vorstand, muß auch der Staatsmann auf das Ganze
sehen und kann nicht den Wünschen Einzelner einseitig
entgegenkommen; er muß alle gleichmäßig berücksich-
tigen. So suchte auch Bethmann-Hollweg durch Be-
schränkung des Mittelweges zwischen den verschiedenen
Interessen durchzukommen. Aber sein Entgegenkommen
den breiten Volksmassen gegenüber, das Abgehen von
der bisher geübten ausnahmslichen Behandlung insbe-
sondere der Arbeiterschaft, hat in den bisher tonange-
benen Kreisen weitere Mißstimmung erzeugt. Diese mußte
unbeachtet bleiben, denn nur durch Heranziehung aller

Volkskräfte kann der Krieg gegen eine ganze Welt ge-
führt und gewonnen werden. Es ist nicht abzusehen,
wohin Deutschland mit einer anderen Politik käme. Aus
diesem Grunde hatte Bethmann auch den bayerischen
Ministerpräsidenten, Graf Hertling, stets auf
seiner Seite, der nun von manchen Leuten, besonders
in Bayern, ebenfalls begünstigt wird, daß er der
Arbeiterschaft zu weit entgegenkomme. Mancher Partei-
mann, der theoretisch für Recht und Freiheit sich ins
Baug legt, wird zuweilen hebenflich, wenn seine Forde-
rung praktisch auch anderen zugute käme. Das sind
menschliche Schwächen!

Mit diesen hatte auch Bethmann-Hollweg als preußi-
scher Ministerpräsident zu kämpfen, als es galt Wahl-
rechtsreformen durchzuführen. Das „parlamentari-
sche System“ ist auch in Preußen, wie in Bayern so
stark, daß ein Königl. Ministerium allein, ohne Landtag,
Gesetze nicht erlassen kann. Wo die „Bauerer“ auf
dem Gebiete der preussischen Wahlreform überall waren,
läßt sich jetzt nicht feststellen; Dr. von Bethmann kommt
da keinesfalls allein in Betracht. Manch einer, der
jetzt mit dem Finger auf ihn zeigt, hat versagt, als
es galt, dafür einzutreten und meldet sich jetzt erst,
nachdem es auf dem Gebiete der Wahlreform kein zurück
mehr gibt.

Die ehrlichen Versuche Bethmanns, seine auf dem
zweiten Kongreß der christlich-nationalen Arbeiterschaft
1907 in Aussicht gestellte „Einordnung der Arbeiterschaft
in die gesellschaftliche Ordnung“ wahr zu machen, be-
günstigte den größten Schwierigkeiten. Was kostete es
nicht Mühe, die der Gewerkschaften auf dem Gebiete
des Vereins- und Versammlungswesens
gleiches Recht bringende Novelle zum Vereinsgesetz vom
Juni 1916 durchzusetzen. Selbst die sozialpolitisch so
fortgeschrittene Zentrumsfraktion bekam durch einzelne
Mitglieder — ziemlich dieselben, die sich auch der Be-
stellung eines Verfassungsausschusses widersetzen — große
Schwierigkeiten. Die Novelle wurde durchgesetzt, nicht
zuletzt deshalb, weil der Reichskanzler stark blieb und
die Hintertreppenpolitiker abwieß.

Eines großen Staatsmannes bedurfte es auch, um
die arbeiterschaftlichen Bestimmungen im Hilfsdienst-
gesetz, die Schlichtungsstellen und Arbeiterausschüsse
gegen den Willen der Schwerindustrie, der zumeist stärker
war als der Wille des Reichstags, durchzusetzen.

Das sind nur einige Beispiele dafür, daß Bethmann-
Hollweg nicht der „schwache Mann“ war, wie man ihm
von gewisser Seite nachsagt. Er hatte in Vielem große
Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden, war aber
so stark, ein gutes Stück politische Neuordnung im deutschen
Reiche und in Preußen in die Wege zu leiten. Deshalb
und seiner in den letzten Jahren betätigten sozialen
und friedlichen Bestimmung wegen wird ihm die Arbeiter-
schaft ein dankbares Andenken bewahren.

Was wird Dr. Michaelis, sein Nachfolger, der
Arbeiterschaft sein? Das ist abzuwarten. Wir wissen aus
seiner Rede im preussischen Landtag anfangs März 1917,
daß eine Art Bußpredigt für gewisse Erzeugerkreise, aber
auch für manchen Kommunalverband, war, daß er ein
Herz für die Konsumenten hat. Als Reichskanzler hat
er sich über Sozialpolitik noch nicht ge-
äußert, wohl aber in seiner Antrittsrede am 19. Juli
1917 im Reichstag erklärt, daß er sich bezüglich der

Wahlreform auf dem Boden der Kaiserlichen Botenschaft
stelle. Wir wünschen sehr, daß es diesem Kanzler ge-
lingen möge, auch die Kaiserlichen Februarverträge von
1890 stinngemäß zur Durchführung zu bringen, und So-
zialpolitik im Geiste des Grafen Posadowsky und Beth-
mann-Hollwegs weiter zu betreiben.

Bedingte Steuerermäßigung für Hausbrandkohlen

Das Kohlenbesteuerungs-gesetz vom 8. April 1917,
das am 1. August 1917 in Kraft gesetzt wird, ist
unter heftigen Geburtswehen zustande gekommen. In-
folge der Kriegs- und Ernährungsverhältnisse, des
Mangels an den nötigen gelübten Arbeitskräften ist
die Kohlenförderung zurückgegangen, während an-
dererseits, durch die starke Anspannung der Rüstungs-
industrie und die Wirkungen des letzten strengsten
Winters, der Kohlenbedarf sich gesteigert hat. Der
Preis der Kohle ist dadurch stark beeinflusst und ge-
steigert worden. Im Hinblick darauf und die sonstigen
Erschwernisse der Lebenshaltung der breiten Massen
hat der Reichstag nur unter schweren Bedenken, im
Hinblick auf die Finanzen des Reichs, der früher
wiederholt abgelehnten Kohlenbesteuerung zugestimmt.
Das geschah nicht, bevor der Reichstag eine steuer-
liche Begünstigung der Hausbrandkohle
vorgelegt hatte. Es wurden diesbezüglich Anträge
vorgelegt, die dahin gingen: Den Hausbrand für die
minderbemittelte Bevölkerung überhaupt freizulassen;
die auf die Kleinverbraucher anfallende Steuer zum
Teil wieder zurückzuerstatten, oder direkte Lieferung
ab Zechen durch Vermittlung der Gemeinden zu Werks-
preisen.

Daneben lief ein Antrag, die den Angestellten und
der Bergschaft der Bergwerke sowie den Berginvaliden
und Bergmannswitwen gewährten Hausbrandkohlen aus
der eigenen Förderung nicht zu versteuern, soweit ihre
Mengen den eigenen Bedarf des Empfängers nicht
übersteigen. Die Steuerbefreiung für diese sogenannte
Deputatkohle wurde denn auch (§ 5 des Gesetzes)
ausgesprochen. Von den oben angeordneten Anträgen
blieb nur der letzte recht unvollkommene § 6 Absatz 2,
der ausspricht: „Soweit Gemeinden oder Gemeinde-
verbände nach den vom Bundesrat aufzustellenden
Grundsätzen Einrichtungen treffen, die den Inhabern
von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandkohle
verbilligen, so werden die für diesen Zweck bezogenen
Kohlen von der Steuer zur Hälfte befreit.“

Zur Ausführung dieser Bestimmung ist am
14. Juni 1917 eine Bundesratsverordnung erlassen
worden, in der ausgesprochen wird, daß eine Steuer-
ermäßigung für Hausbrandkohle für die Inhaber
von Kleinwohnungen abhängig ist von der gemeind-
lichen Nachweisung der Kleinwohnungen nach Art
und Größe und der Mitteilung an die Amtsstellen,
welche Mengen von Hausbrandkohle den Inwohnern
der bezeichneten Kleinwohnungen als Jahresbedarf
zugewiesen werden wollen. Den Gemeinden wird
weiter die Auflage gemacht, Einrichtungen zu treffen,
die darauf abzielen, daß die Hausbrandkohle zu
Preisen geliefert wird, die den sonst gezahlten ört-
lichen Preis mindestens um den Betrag der Steuer-
ermäßigung unterschreiten. Die so ermäßigten Kohlen
dürfen nur an die Inhaber der bezeichneten Klein-

Freudig in die Zukunft schauen,
Mutig deutscher Kraft vertrauen.
Deutsche Treue ehrlich üben,
Nie den freien Blick uns trüben,
Deutsche Freiheit uns erdämpfen,
Nicht das Feuer in uns dämpfen.
Nähren gut dein deutsch' Gemüt,
Daß es wurzelt, sproßt und blüht.
Großen Feinde — fürcht' dich nicht!
Deutscher Mut die Wellen bricht.
Denk' nie von deinem Volkstum klein,
's ist eine Tat, echt deutsch zu sein.

Vor dem Zusammenbruch?

Wie kann ein anderes Land sich die finanziellen
Folgen des Krieges so verschonend, wie für Rußland.
Es ist nicht leicht, genügend Klarheit zu bekommen über
die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches im Osten
nach dem Krieg, denn gerade dieses Land liefert die
größten Kriegsausgaben aus den beschriebenen Quellen.
Das macht England und Japan, bald vermehrt es, es
wird jedoch einige Milliarden zu bekommen, aber es
gibt auch die Gefahr, daß man in der Hauptsache
auf die russischen Ausgaben sich angewiesen ist, was
bei der Kriegsausbreitung eine Gefahr ist. Die Kriegs-
ausgaben werden sich erhöhen, liegt auf der Hand, denn
das Land hat immer noch keine ausreichende Erzeugnisse
für die Kriegsmaterialien, denn die Produktion wird

es kein Kriegsmaterial zum allergrößten Teil zu außer-
ordentlichen Preisen beim Ausland kaufen. So kann es
nicht wundernehmen, wenn die russischen Kriegsausgaben
hinter den deutschen nicht zurückstehen, sondern, wenigstens
in der letzten Zeit, sie übertrafen. Nach einer Angabe
des russischen Finanzministers wird die Schuldenlast Ruß-
lands sich bis gegen Ende 1917 auf 55 Milliarden Rubel
belaufen, das wären annähernd 120 Milliarden Mark.
Bei Kriegsausbruch betrug die russische Staatsschuld rund
18 1/2 Milliarden Mark; durch den Krieg würde demnach
Rußland bis gegen Ende dieses Jahres mehr als 100
Milliarden Mark neue Schulden bekommen haben. Am
raschesten sind dabei die Kriegsausgaben gewachsen im
Jahre 1917, das nach den Angaben des gegenwärtigen
Finanzministers dem russischen Staate über 45 Milliarden
Mark neue Schuldenlast bringen wird. Der monatliche
Kriegsauswand beträgt heute in Rußland 3 1/2 Milliarden
Mark.

Angesichts solcher Tatsachen und unter der Verück-
sichtigung der unruhigen Zustände in Rußland ist es kein
Wunder, wenn die gebräuchliche Freiheitsanleihe keinen
Erfolg hatte. Das russische Publikum kann kein Vertrauen
mehr in die Zukunft haben, weil es ja nicht weiß, ob
nicht in kurzer Zeit wieder eine andere Regierung am
Ruder sein wird, und ob es mit dem russischen Kredit
nicht ähnlich gehen wird wie zur Zeit bei der französischen
Revolution mit den Assignaten. Die richtige Masse von
auslandischem Papiergeld, die sich schon Ende 1916 auf
18 Milliarden Mark belief, und die nach einem Gesetz
im Januar 1917 auf 25 Milliarden gesteigert werden kann,
wird sich wahrscheinlich auch nicht zur Befreiung der
Zuungangsstände bei den russischen Banken, das
russische Volkswesen nach den Schätzungen russischer
Nationalökonomern auf 200 Milliarden Mark anzuheben
kann. Wenn Rußland nicht vor Ende des Jahres kommt,

grund des Krieges verschlungen sein. Dabei ist noch
nicht mitgerechnet, was durch den Gang des Krieges an
direktem Sachkapital in Rußland zerstört wurde, noch
nicht mitgerechnet der Verlust von wichtigen Gebietsteilen
wie Polen, mit dem die russische Regierung rechnen
muß, und der um so größer ausfallen muß, je länger
Rußland noch den Krieg hinhält. Weiter sind in dieser
Summe selbstverständlich noch nicht enthalten die tiefsten
Schädigungen, welche die russische Volkswirtschaft durch
die Verschleuderung der Quellen des Volkswohlstandes,
der Erzgruben, Kohlenbergwerke, der Goldminen, mancher
Wälder usw. an englische, amerikanische und japanische
Unternehmer erlitten hat.

Das Schlimmste ist dabei für Rußland, daß weitaus
der größte Teil der Schuld, welche der Krieg verursacht
hat, beim Ausland aufgenommen ist. Würde Rußland,
wie es bei Deutschland der Fall ist, die Anleihen bei
sich zu Hause aufgenommen haben, dann bliebe das
Geld während des Krieges und in der Friedenszeit im
Land; dann müßten die russischen Untertanen Steuern
zahlen zum Zwecke der Deckung der Schuldzinsen, die
dann erst wieder an russische Untertanen fließen. Nun
aber hat Rußland fast seinen ganzen Kriegsbedarf im
Ausland gedeckt und immer und immer wieder neue
Milliarden im Ausland aufgenommen. Zusammen mit
seinen alten Schulden wird Rußland wohl heute schon
mit dem dritten Teil seines gesamten Volkswohlstandes
an seine Bundesgenossen verschuldet sein. Geht der Krieg
noch einige Zeit weiter, so verliert Rußland die Hälfte
seines Nationalvermögens an Ausland und müßte später
zur Verzinsung dieser Summen fast die Hälfte seiner
Arbeitszeit und Arbeitskraft baranziehen; da dies aber
kein Volk erträgt, so bleibt für Rußland nichts anderes
übrig als ein vollkommenes Staatsbankrott.

wohnungen abgegeben werden und so, daß die Verteilung durch die Behörden nachgeprüft werden kann. Die Bundesratsverordnung gestattet, daß die Gemeinden sich bei der Vermittlung der Kohlenhandels- öffentlichen oder privater Verwaltungen oder auch Bezugsvereinigungen oder Konsumgenossenschaften bedienen. Das Nähere darüber ist den Gemeinden überlassen; sie haben jedoch die diesbezüglichen Anordnungen ihrer örtlichen zuständigen Steuerstelle einzureichen.

Die Ausführungsbestimmungen leiden an dem Mangel, daß eine Verpflichtung der Gruben, an die Gemeinden zu liefern, nicht ausgesprochen ist. Es wird nur gesagt, daß als Hausbrand auch Zechen- oder Gaskoks anzusehen ist, und daß dieser unter Entrichtung der Steuerhälften, das sind 10 Prozent des Wertes, bei der Zechen zu bestellen ist. Von einer Lieferungsverpflichtung der letzteren ist nirgends die Rede. Ein diesbezüglicher Antrag im Reichstagsausschuß, die Lieferungsverpflichtung der Werke zu ersten Verkaufspreisen auf Verlangen der Gemeinden auszusprechen, fand keine Mehrheit. Das Kohlenyndikat und der Großhandel hatten in längeren Vorstellungen an den Reichstag dagegen geltend gemacht, daß es praktisch unmöglich sei, die Tausende von Gemeinden unmittelbar und zu Zechenpreisen unter Ausschaltung des Handels zu beliefern.

Diese Auffassung wurde von mehreren Fraktionen und auch von der Regierung gestützt, weshalb schließlich die Fassung des § 6 Absatz 2 zustande kam. Damit ist den Gemeinden wenig gedient. Die Ausführungsbestimmungen haben auch keine Erweiterungen in bezug auf die Verteilung gebracht, obwohl die Klärung des Reichstagsausschusses in der Sitzung vom 21. März dies erwarten ließ. Im Hinblick darauf, sowie auf die Transport- und anderen Schwierigkeiten hat der Ausschuß des Deutschen Städtetags den Städten abgeraten, von der im Gesetze vorgesehenen Einrichtung Gebrauch zu machen.

In diesem Falle bestünde nach dem Gesetze überhaupt keine Möglichkeit einer künftigen Begünstigung der Hausbrandkohle, sofern die Städte und Gemeinden nicht den Kohlenhandel oder die Bezugs- und Konsumgenossenschaften mit der Kohlenvermittlung an die Inhaber von Kleinwohnungen betrauen. Viele Kohlenhändler, wie auch die Bezugsvereinigungen der gewerkschaftlichen Verbände, der Staatsbeamten und Gewerbetreibenden würden die Vermittlung an die Verbraucher gern übernehmen, wenn sie ihnen übertragen, ihnen Kohlen vom Syndikat und des mit ihm liierten Großhandels zugewiesen würden. Jedenfalls ist dafür zu sorgen, daß die Minderbemittelten eine ausreichende Menge von Kohlen und Hausbrand zu erschwinglichen Preisen erhalten. Die Lage auf dem Kohlenmarkt, wie sie zurzeit ist, ist völlig zerfahren und unhaltbar. Kohlenhändler bestätigen, daß wohlhabende Kreise für einen Zentner Hausbrandkohle 5 und mehr Mark anbieten und dafür bezahlen, daß Bestechungsversuche bei Fuhrleuten und Trägern gemacht werden, um Kohlen zu bekommen. Holz können die kleineren Händler zumeist nur mehr im Kettenhandel und zu wahnsinnig hohen Preisen erhalten und an die Verbraucher weitergeben. So wird eine Stimmung erzeugt, die zu nichts Gutem führen kann. Alle in Betracht kommenden Stellen dürfen den Ernst der Lage nicht übersehen. Bei mäßiger Kost auch noch strenge Winterfalte zu ertragen, das geht manchem über seine Kraft und den Willen zum Durchhalten.

Es muß also in erster Linie Kohle gefördert und zur Verfügung gestellt werden. Da, wo die Gemeinden bei der Vermittlung verzagen oder sie nicht leisten können, wird Staat und Reich zugunsten der Minderbemittelten weiter eingzugreifen haben. Es ist vielleicht auf den Vorschlag im Reichstag, ihnen die Kohlensteuer zu erlassen, wieder zurückzukommen. Der Staatssekretär für das Reichsschatzamt hat sich dazu in günstigem Sinne geäußert. Er erklärte am 10. März 1917 im Hauptausschuß: „Die Reichsfinanzverwaltung ist bereit, erneut in eine ernste Prüfung der Frage einzutreten. Vielleicht könnte man den Kommunalverwaltungen für den nächsten Winter Beträge aus der Steuer zur Verfügung stellen, mit denen für die Minderbemittelten eine Verminderung der Kohlenpreise für Hausbrand oder Transportkosten herbeigeführt werden könnte.“

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Sof. Chudalla**, Mitglied der Zählstelle Breslau; **Benedikt Baber** und **Franz Keller**, Mitglieder der Zählstelle Kößlein bei Schweinfurt; **August Eiber**, Mitglied der Zählstelle Kassel; **Theodor Ivo** aus Werdorf, Mitglied der Verwaltungsstelle Duisburg. — Zum Siefeldweibel befördert wurde Kollege **Fritz Rütting**, Mitglied der Verwaltungsstelle Paderborn.

Emil Schmidt †. Der Vorsitzende unseres Deutschen Angestellten-Verbandes, Kollege **Emil Schmidt**, der den Feldzug im Westen mitmachte, wurde seit April vorigen Jahres nach einer schweren Erkrankung vermisst. Man

Am Sonntag, den 19. August, ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

mehr kann es als feststehend gelten, daß **Schmidt** den Heldentod fürs Vaterland gestorben ist. In einer amtlichen Sterbeurkunde, die der Witwe des Verstorbenen zuging, heißt es, daß **Schmidt** am Nabenwalde zwischen dem 20. und 26. April 1916 gestorben sein dürfte. Damit sind die Hoffnungen vernichtet, die auf eine andere Lösung des bisher im Dunkel liegenden Schicksals noch vorhanden waren. „Mit dem Kollegen **Schmidt**,“ so schreibt die „Angestellten-Zeitung“ in einem warm gehaltenen Nachruf, „trägt der junge Angestelltenverband eine große Hoffnung zu Grabe.“

Kanzlerwechsel und christliche Gewerkschaften. Aus Anlaß des Kanzlerwechsels fand zwischen dem scheidenden und dem neuen Reichskanzler einerseits und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften andererseits folgender Brief- bzw. Telegrammwechsel statt:

Seiner Excellenz Herrn Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg
Aus Anlaß Ihrer Amtsniederlegung gestatten wir uns, für das in Ihrer Amtsperiode den christlichen Gewerkschaften entgegengebrachte wohlwollende Interesse unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Möge es Ew. Excellenz vergnügen sein, an des Vaterlandes Wohl, insbesondere an dem Wiederaufbau des Reiches, weiterhin kraftvoll mitzuwirken.

v. Bethmann-Hollweg erwiderte dem Generalsekretär Stegerwald:

Für die freundlichen Worte bei meinem Scheiden aus dem Amt sage ich Ihnen und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands meinen verbindlichsten Dank. Helfen Sie weiterhin, die gesamte Arbeiterschaft dauernd und unlösbar an den Staat zu binden.

Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis!
Zur Übernahme Ihres schweren und verantwortungsvollen Amtes übermitteln wir aufrichtigen Glückwunsch. Möge es Ew. Excellenz vergnügen sein, alsbald den Geist der Geschlossenheit und Entschlossenheit im Innern und damit die Voraussetzung zu einem guten Frieden herzustellen. Nur, wenn dieser erzielt ist, kann unser Vaterland für alle Volksschichten wohlwollend eingerichtet werden.

Der neue Reichskanzler antwortete zu Händen des Generalsekretärs:

Ihnen und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufrichtigen Dank für die freundliche telegraphische Begrüßung. Die Geschlossenheit des deutschen Volkes zu sichern, wird mir oberstes Gesetz sein.

Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Der Deutsche Fördermaschinen-Verband (Zig Eisen, Ruhr) hat auf einem Delegiertenkongress am 1. Juli d. Js. einstimmig den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften beschlossen. Der Verband zählt zurzeit in 21 Zweigvereinen 1057 Mitglieder. Wir heißen die Berufsorganisation der Fördermaschinenisten in den Reihen der christlich organisierten Arbeiter und Angestellten als Mitstreiter für den Aufstieg des arbeitenden Volkes herzlich willkommen. Dabei dürfen wir der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß der Anschluß und die zukünftige Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung sowohl unserer Gesamtbewegung wie den Interessen der Fördermaschinenisten zum Vorteil gereichen wird.

Eiserne Kreuze sind bisher verliehen worden 49 600 1. Klasse und 2 200 500 2. Klasse. Auf die Heimat entfallen 117 1. Klasse und 3543 2. Klasse, ferner 1445 2. Klasse an weiß-schwarzen Bänder. Auf rund 500 Eiserne Kreuze, die im Felde verliehen wurden, kommt ein Eisernes Kreuz für Heimatverdienst. Ein Vergleich der Verleihungen in der Front und in der Etappe zeigt, daß das Verhältnis hier 0,8 Prozent beträgt, d. h. auf 125 Eiserne Kreuze in der Front kommt eins in der Etappe.

Gelbe gegen Gelbe. Interessant ist ein Zeugnis, das die Berliner Gelben, die im Kartellverband deutscher Werkvereine zusammengeschlossen sind, ihren Genossen vom Bund deutscher Werkvereine, mit denen bekanntlich das rheinisch-westfälische Industriegebiet und das Saargebiet „gezeugnet“ ist, ausstellen. Die Berliner Gelben vertreten eine etwas radikalere Richtung, die sogenannte unabhängige, und sie werfen in ihrem Organ „Der Bund“, den westdeutschen Werkvereinen folgendes vor: „Die Entwicklung des Bundes Deutscher Werkvereine, seine mannigfachen Arbeitgeberausschüsse, die für ihn in Szene gesetzten Geldsammlungen in Arbeitgeberverbänden, seine Stellungnahme gegenüber wichtigen sozialpolitischen Gesetzen, kurz sein ganzes Tun und Lassen, der ganze Geist, der in ihm herrscht, hat uns nur in der Ueberzeugung bereinigt, daß für eine unabhängige Arbeiterbewegung im Bunde Deutscher Werkvereine kein Raum ist. Wir haben genügend Beweise in Händen für unsere Behauptung, daß der Bund Deutscher Werkvereine keine unabhängige Arbeiterbewegung ist, sondern gegründet, geleitet und kontrolliert ist von Beamten und Beauftragten der westdeutschen Schwerindustrie. Es kann demnach keine Rede davon sein, daß der Bund Deutscher Werkvereine das Recht hätte, sich als unabhängig anzugeben.“ — Diese Kennzeichnung der feindlichen Brüder bestätigt das, was wir immer geschrieben

Neue Steuerzulagen für Beamte. Wie die „Nordb. Allgem. Ztg.“ mitteilt, sind die Verhandlungen über die Gewährung von Kriegsteuerzulagen an die Beamten nunmehr in Preußen und im Reich zum Abschluß gebracht. Die preußische Staatsregierung hat in Aussicht genommen, vom 1. Juli 1917 ab allen Beamten mit einem Dienstverdienst bis zu 13 000 M (ohne Wohnungsgeldzuschuß) eine laufende jährliche Kriegsteuerzulage zu zahlen, deren Höhe sich bemisst nach der Zugehörigkeit der Beamten zu den in dem Gesetz vom 25. Juni 1910 für den Wohnungsgeldzuschuß vorgesehenen Tarifklassen V, IV, III und II. Es erhalten die verheirateten planmäßigen Beamten entsprechend den vier Tarifklassen jährlich 360, 540, 720 und 900 M. Dazu treten für jedes Kind 10 v. H. dieses Grundbetrages, so daß z. B. ein Beamter der V. Tarifklasse mit 5 Kindern 360 M + 5 x 36 M = 540 M jährlich erhält. Unverheiratete planmäßige Staatsbeamte mit einem Dienstverdienst von nicht mehr als 6000 M erhalten 300 M jährlich in allen Tarifklassen. Die Diakone werden behandelt wie die planmäßigen Beamten der Tarifklasse, in deren Stellen sie zur ersten Anstellung gelangen; die Lohnangestellten höherer Ordnung werden entsprechend der Art ihrer Tätigkeit eingereiht. Für eine gleichmäßige Berücksichtigung der Volksschullehrer sind Staatsmittel bereitgestellt, auch ist die Gewährung von Zulagen an Geistliche in die Wege geleitet. Die Zahlungen werden nach Möglichkeit noch im Monat August angewiesen werden. Neben diesen Kriegsteuerzulagen bleiben die bisher schon gezahlten laufenden Kriegsteilnahmen ungeschmälert aufrechterhalten. Abweichend von den bisherigen Bestimmungen, die sonst im allgemeinen bestehen bleiben, werden zu den Kindern, für die Zulagen gewährt werden, ohne Rücksicht auf eine feste Altersgrenze alle die gerechnet, die sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder aus sonstigen Gründen (Krankheit usw.) von den Eltern unterhalten werden müssen. Nicht hierher gehören daher in der Regel Kinder mit eigenem Einkommen und im Felde stehende. Entsprechende Zulagen werden auch den Reichsbeamten gewährt.

Kohlenversorgung in Großstädten. Die Erfordernisse des letzten, allerdings sehr strengen Kriegswinters nötigen die öffentlichen Stellen geradezu, die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand in die Hand zu nehmen und sicherzustellen. In Bayern hat selbst der König Anlaß genommen, sich dieser Sache besonders anzunehmen. Die Reichs- und Landesstellen, die Gemeinden- und Stadtverwaltungen hat der Ruf nach Kohle aufgeschreckt und allenthalben werden Vorkehrungen getroffen, um eine Kohlenknappheit von der Bevölkerung fernzuhalten. Diesbezüglich hat die Stadt Stuttgart großartige Maßnahmen getroffen. Durch Beschluß der städtischen Kollegien vom 3. August 1917 werden von der Stadt zum Kohlenanlauf zunächst 2 Millionen Mark ausgeworfen. Die Zuteilung erfolgt durch eine viergliedrige Stadtkommission in Verbindung mit den Händlern. Die Versorgungsregelung erfolgt so, daß zunächst niemand mehr als 25 Zentner Hausbrandkohle erwerben und die Händler auch nicht mehr als diese Menge liefern dürfen; die Kohlenhändler werden gefast, da am 1. September eine Bestandsaufnahme angeordnet ist und vom 1. November d. Js. ab den Gemeinden das Recht der Enteignung solcher Brennstoffmengen, die über den zulässigen Bedarf hinausgehen, eingeräumt ist. Ein möglichst sparsamer Kohlenverbrauch bei städtischen Stellen und privaten Betrieben ist ins Auge gefaßt. Dabei ist selbst an die Zusammenlegung von Krankenhäusern und Lazaretten gedacht. Der Schulbetrieb wird auf vier Tage in der Woche beschränkt. Eine Eindeckung der Museen, Kinos, wird überhaupt nicht erfolgen. Ob durch Einführung der durchgehenden Bureau- und Arbeitszeit an Kohle gespart werden kann, wird noch geprüft. In Verbindung mit einer stärkeren Kohlenförderung und Anfuhr dürften derartige Maßnahmen ausreichen, um die Bevölkerung mit den notwendigen Mengen Kohlen zu versehen. Es ist das sehr zu wünschen, ebenso, daß die Preisfrage, namentlich für die Minderbemittelten, eine entsprechende Lösung findet.

Bevölkerungspolitik. Die Bedeutung einer gesunden Bevölkerungspolitik ist allmählich den weitesten, um das Wohl unseres Volkes und Vaterlandes besorgten Kreisen klar geworden. Die Geburten- und Sterbestatistik, die Menschenverluste im gegenwärtigen mörderischen Kriege, sprechen eine zu deutliche Sprache, als daß man achlos daran vorbeigehen könnte. In den Parlamenten werden Beratungen gepflogen, wie aus bevölkerungs- und staatspolitischen Gründen die Heiratsmöglichkeit gefördert, kinderreiche Familien unterstützt, das Jungesellentum steuerlich stärker herangezogen werden könnte. Ein Teil unserer Intelligenz und der besitzenden Kreise kehren sich nicht daran. Ein Beweis dafür bietet eine Nummer der „Deutschen Tagesztg.“, Mitte Juli 1917, in der auf einem Raum von knapp 8 qm nicht weniger als fünf unverheiratete Gutsinpektoren gesucht werden. In einem Falle wird auf ein großes Gut von 2400 Morgen ein nicht zu junger, militärfreier, unverheirateter Inspektor gesucht. Weiter wird verlangt: Inspektor für größere Nebenwirtschaft, ein unverheirateter, energischer, militärfreier Inspektor! Die Domäne Jänigshausen bei Krosen sucht „zum 1. September für das 900 Morgen große Gut ersten Verwalter. Bei Zufriedenheit spätere Verheiratung gestattet.“ Es ist das das einzige Gesuch, welches wenigstens eine spätere Verheiratungserlaubnis in Aussicht nimmt. Das 5. Inzerat lautet: „Suche sofort oder 1. August tüchtigen, unverheirateten Hofverwalter, der in Maschinen und Elektrizität bewandert ist. Dannmann, Rittergutbesitzer, Berthold, F. Schmidt, a. Ober.“ — Man sollte es nicht für möglich halten, daß derartige Inserate in der heutigen Zeit noch erdinger

Vönnen. Schlussfolgerungen daraus zu ziehen wird Aufgabe der Parlamente sein.

Der Zentralverband Christlicher Tabakarbeiter Deutschlands ist seit 1916 wieder in der Aufwärtsentwicklung begriffen, nachdem er bis dahin während des Krieges um 4000 Mitglieder zurückgegangen war.

Table with 4 columns: Anfang, Ende, männliche, weibliche, zusammen. Rows for 1914 and 1916.

Im letzten Jahre ist mithin eine Steigerung der Mitgliederzahl allerdinge nur bei den weiblichen eingetreten. Die Aufwärtsentwicklung hat im laufenden Jahre weiter angehalten.

Table with 4 columns: Jahr, Gesamteinnahme, Gesamtausgabe, Kassenbestand. Rows for 1918, 1914, 1915, 1916.

Auf die Kassenverhältnisse wirkt die erhebliche Verschiebung zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern nachhaltig ein, weil die weiblichen Mitglieder geringere Beiträge bezahlen.

Die Christlichen Gewerkschaften Hollands

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Hollands hielt seine achte Generalversammlung am 27. und 28. Juni in Utrecht ab.

Table with 2 columns: am 1. Januar, 1910, 1915, 1916, 1917. Rows for 6580, 12386, 15194, 20723.

Die Zentralisationsbestrebungen haben auch im vergangenen Jahre guten Erfolg gehabt. Zwei neue Organisationen sind im letzten Jahre neu angegeschlossen worden.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund im Jahre 1916

Der Jahresbericht des Schweizerischen christlichen Gewerkschaftsbundes bezeichnet das Jahr 1916 als das Jahr des Wiedereinsetzens des Gewerkschaftsgebauens.

Die Mitgliederbewegung wird als eine sehr erfreuliche bezeichnet. Der Krieg selbst habe den Gewerkschaften einen schweren Schlag versetzt.

lichen Gewerkschaften große Aufgaben. Das Kapitel Lohnbewegung wird daher als besonders umfangreich bezeichnet. Es dürfte kaum ein Jahr in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung der Schweiz geben, wo so viele Lohnbewegungen geführt worden sind, wie in 1916.

Table with 5 columns: Verband, Vollständige Arbeiter, Lohnerhöhungen pro Tag, pro Woche, pro Jahr. Rows for Holzarbeiter, Metallarbeiter, etc.

Durch die Erfolge dieser Lohnbewegungen wurde, wie der Bericht konstatiert, das Vertrauen zu den Gewerkschaften in weiten Kreisen des Arbeiterlandes wieder wachgerufen und gestärkt.

Verbandsnachrichten

Verwaltungsstelle Hannover. In unserer am 2. August abgehaltenen Versammlung gab Kollege Eickternath den Kassenbericht vom ersten Halbjahr 1917.



Es starb den Heldentod fürs Vaterland:

Emil Schmitt. Bahlfeld Stationen (Waden). Wir werden das Andenken dieses Tapferen stets in Ehren halten.

Am 27. Juli starb unser treuer Kollege Raimund Throm an Magenleiden. Bahlfeld Stationen (Waden).

Ehre seinem Andenken!

darunter zwei Frauen, 528 M. Die Zahlen allein sollten alle Kollegen mahnen, ihre Pflichten betreffs der Beitragszahlung nachzukommen; die Zahlen zeigen aber auch, welche hohe Bedeutung die Unterstützungseinrichtung des Verbandes hat.

besonders in der Beschaffung von Lebensmitteln, geleistet. In allen Kommissionen und Ausschüssen die im öffentlichen Interesse errichtet sind, hat das Kartell seine Vertretung.

Bücherschau

„Die Kartoffellagerung unter Kriegsverhältnissen beim Erzeuger, Verteiler und Verbraucher.“ Unter diesem Titel wurde auf Veranlassung des Kriegsernährungsamts eine 68 Seiten starke Broschüre herausgegeben.

Bekanntmachung

Bekanntmachung der Redaktion. Bei allen Mitteilungen zur Veröffentlichung in der „Baugewerkschaft“ über gefallene oder gestorbene Kollegen sowie über solche, die das Eisene Kreuz erhalten haben, ist stets der Vorname mit anzugeben.

Advertisement for 'Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung'. Includes a logo with a swastika-like symbol (historical logo of the organization), text about insurance, and contact information for the Centralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands.